

BUND-Stellungnahme zum Referentenentwurf für eine Nationale Waldstrategie 2050 (Stand 09. April 2021)

Anmerkungen zum Prozess

Der BUND begrüßt, dass ein Referentenentwurf für eine Nationale Waldstrategie 2050 vorgelegt wurde, und bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Gleichzeitig kritisieren wir die kurze Frist zur Erarbeitung einer Stellungnahme. Seit über einem Jahr, nach Einreichung unserer Stellungnahme zur Entwicklung der Waldstrategie 2050, haben wir vom federführenden BMEL keine Auskunft erhalten, wie der Stand der Erarbeitung der Waldstrategie 2050 ist.

Den vorgelegten Entwurf für eine Nationale Waldstrategie 2050 lehnen wir ebenso wie die anderen großen Naturschutzorganisationen ab und fordern einen gemeinsam durch BMEL und BMU moderierten Dialog- und Arbeits-Prozess unter Beteiligung aller relevanter Akteure, um grundsätzliche Fragestellungen über die künftige Ausrichtung der Waldpolitik und des Waldmanagements in Deutschland zu erörtern.

Inhaltliche Anmerkungen

Zu den Kapiteln 1, 2 Hintergrund und Überblick

Seit der Erstellung der ersten Waldstrategie im Jahre 2010 haben die Herausforderungen zugenommen: Klimakrise und Biodiversitätskrise haben sich seitdem massiv verschärft. Das globale Ziel, den Verlust der biologischen Vielfalt bis 2020 zu stoppen, wurde weit verfehlt. Der Weltbiodiversitätsrat warnt vor einem großen Artensterben und einem ökologischen Kollaps. Er mahnt eindringlich einen umfassenden transformativen Wandel an, in der Art, wie wirtschaften und leben, in welcher Menge wie wir Energie und Ressourcen verbrauchen. Der Energie- und Ressourcenverbrauch steigen jedoch nach wie vor. Einsparungen durch mehr Effizienz werden so zunichte gemacht. Der Druck auf die Wälder wächst durch den steigenden Energie- und Ressourcenverbrauch. Dies spiegelt sich auch in den Zielkonflikten beim Ausbau der Erneuerbaren Energien, insbesondere bei der holzartigen Biomasse und dem Ausbau der Windenergie an Land. Die Auswirkungen der Klimakrise wie ausgedehnte Hitze- und Dürreperioden, setzen den Wäldern in

Deutschland zunehmend zu. Hinzu kommen unvermindert hohe Schadstoffeinträge, insbesondere Stickstoff und ein Wildtiermanagement, das Naturverjüngung vielerorts massiv behindert. Umso wichtiger, dass die Waldwirtschaft behutsam mit den Wäldern umgeht und diese nicht noch zusätzlich schwächt durch starke Auflichtungen, Schädigungen des Waldbodens und der Nährstoffnachhaltigkeit, zu wenig Biotopholz oder naturferne Bestockung mit Nadelholzmonokulturen.

Zu Kapitel 3 Leitbild, Handlungsfelder und Meilensteine

Waldwende statt Waldkrise: *Fehlansage im Entwurf.* Der Entwurf zur „Nationalen Waldstrategie 2050“ beinhaltet keinen substantiellen Wandel im Umgang mit dem Wald und in der Waldbewirtschaftung. Anstelle der dringend notwendigen Waldwende angesichts von Klimakrise, Biodiversitätskrise und Waldkrise setzt der Entwurf in weiten Teilen auf ein „Weiter so!“ im Umgang mit dem Wald. Dabei ist eine ökologische Kehrtwende im Umgang mit Deutschlands Wäldern überfällig: Der Wald muss dringend behutsamer bewirtschaftet werden, so dass er den Folgen der Klimakrise besser standhalten kann. Der Waldumbau weg von naturfernen und anfälligen Fichten- und Kiefernforsten hin zu naturnahen Laubmischwäldern mit heimischen Baumarten muss endlich verstärkt vorangetrieben werden. Erheblich mehr Wälder müssen als Naturwälder ihr volles Potential an biologischer Vielfalt frei von forstlichen Eingriffen entfalten dürfen. Dies fehlt im Leitbild völlig, darin kommen nur Wirtschaftswälder vor.

Deutschlands Wälder müssen endlich naturnäher, strukturreicher und ökologisch wertvoller werden. Sie sollen besser zum Wasserrückhalt und zur Grundwasserneubildung beitragen können. Sie sollen soweit wie möglich, eine Kohlenstoffsänke bleiben und in der Klimakrise für Kühlung sorgen können. Dafür müssen naturnahe Wälder biomassereicher werden. Bund und Länder müssen hierbei ihre Gemeinwohlaufgaben wahrnehmen und in ihrer Vorbildfunktion mit gutem Beispiel vorangehen. Kommunale und private Waldbesitzer*innen sollen bei der Waldwende finanziell unterstützt werden, da dies auch der Gesellschaft und der Gesundheit aller zugutekommt.

Ausrichtung an Vereinbarungen zur Biodiversität: *unzureichend im Entwurf.* Um die Vielfalt unserer Wälder zukünftig zu bewahren und verlorene Vielfalt wieder herzustellen, ist es dringend notwendig, den Schutz und die Wiederherstellung der biologischen Vielfalt unserer Wälder besser in der nationalen Waldstrategie zu verankern. Im Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode ist vereinbart „die Waldstrategie 2020 als zentrale Leitlinie, ergänzt durch den Gedanken der Biodiversität, fort[zuführen“. Die neue Waldstrategie muss sich erheblich klarer als der vorliegende Entwurf an den Leitlinien der Biodiversitätsstrategien ausrichten, zu deren Umsetzung sich die Bundesregierung verpflichtet hat. Dies sind insbesondere die Konvention über die Biologische Vielfalt auf globaler Ebene, die EU-Biodiversitätsstrategie und die Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt. Zwar werden einige Punkte der EU Biodiversitätsstrategie 2030 in dem Entwurf aufgegriffen, doch im Entwurf mangelt es an quantitativen Ziele und konkrete Maßnahmen dazu.

**Zu den Kapiteln 3.1.1 Klimaschutz, Minderung und Anpassung an den Klimawandel,
3.1.2 Biodiversität, andere Naturgüter (Boden, Wasser),
3.2.1 Waldentwicklung, nachhaltige Bewirtschaftung, Jagd**

Da es zwischen den Erfordernissen zu den Themen in Kapitel 3.1.1, 3.1.2, 3.2.1 große Überschneidungen gibt, werden diese hier gemeinsam behandelt, um Wiederholungen zu vermeiden.

Den Wald nicht für Versäumnisse in der Klimapolitik missbrauchen: *unbefriedigend im Entwurf.* Die Wälder geraten zunehmend in den Fokus als Kohlenstoffspeicher, die die Versäumnisse einer unzureichenden Klimaschutzpolitik ausgleichen sollen. Die CO₂-Speicherung von Wäldern kann jedoch reale Einsparungen im CO₂-Ausstoß nicht ersetzen. Dazu sind die Potentiale der Wälder als zusätzliche CO₂-Speicher im Vergleich zu dem, was durch Verkehr, Kohlekraftwerke, Industrie, Haushalte etc. emittiert wird, viel zu gering.

Im Entwurf wird die Klimaschutzwirkung der Wälder sehr einseitig aus Sicht von Waldbewirtschaftung und Holzverwendung betrachtet. Dabei wird fälschlicherweise pauschal davon ausgegangen, dass bewirtschaftete Wälder eine Kohlenstoffsene sein, obgleich der Bundesregierung Zahlen vorliegen, dass die Wälder Deutschlands zunehmend Gefahr laufen, zu einer CO₂-Quelle zu werden durch zu intensive Nutzung und durch zusammenbrechende Waldbestände in Folge von Klimakrise, falscher Baumartenwahl und Schadstoffeinträgen. Oberste Priorität muss daher haben, die Wälder als Wälder zu erhalten und dann die Frage zu stellen, was sie noch leisten können, nicht umgekehrt.

Mit der Einbeziehung des Holzproduktspeichers die CO₂-Bindungswirkung von Wäldern hochzurechnen, ist nicht korrekt, da Bäume sehr langsam wachsen und daher nach einem Holzeinschlag die erneute Entstehung von Holz mit der damit einhergehenden Kohlenstoff-Bindung ein Prozess ist, der viele Jahrzehnte dauert. Die allermeisten Holzprodukte sind jedoch erheblich kurzlebiger, so dass bei ihrer Betrachtung auch in der Langzeitbilanz durch Holzeinschlag CO₂ freigesetzt und nicht gebunden wird. Wird der betrachtete Zeitraum auf 5, 10 oder 15 Jahre begrenzt – den für die Klimakrise entscheidenden Zeitraum - dann ergibt sich für die kurzlebigeren Holzprodukte und Waldtypen eine klare Negativbilanz: Durch den Holzeinschlag wird mehr CO₂ freigesetzt als in der gleichen Zeit nachwachsen kann. Richtig ist, dass Naturwälder (ohne forstliche Nutzung) eines Tages einen Zustand des Gleichgewichts erreichen, in dem genausoviel Kohlenstoff in der Biomasse gebunden wird, wie durch Atmung und Verrottung wieder freigegeben wird. Dieser „Steady State“ tritt jedoch, je nach Waldtyp, erst nach vielen Jahrhunderten natürlicher Entwicklung ein.

Wälder zukunftsfähig bewirtschaften: *komplette Fehlanzeige im Entwurf.* Um die gestressten Wälder besser gegen die Auswirkungen der Klimakrise zu schützen, müssen sie dringend schonender bewirtschaftet werden. Dazu gehört eine Waldwirtschaft, die ökologisch verträglich ist und die für die Holzerzeugung und Holzernte so schonend wie möglich in das Waldökosystem eingreift. Dies gilt sowohl in Hinblick auf die Art der forstlichen Eingriffe wie auch auf die Menge der Eingriffe und des geernteten Holzes. Hierzu gibt es im vorliegenden Entwurf weder ein klares Bekenntnis noch konkrete Ziele oder Maßnahmen.

Vorrangiges Ziel der deutschen Waldpolitik muss die Schaffung und dauerhafte Sicherung strukturreicher, klimastabiler und ökologisch hochwertiger Waldökosysteme sein. Forst- und Holzwirtschaft, Handel, Politik, Verbraucher*innen - die Gesellschaft muss sich nach dem richten, was unsere Wälder nachhaltig leisten können, nicht umgekehrt. Der öffentliche Wald hat eine besondere Gemeinwohlverpflichtung und ist vorbildlich zu bewirtschaften. Für ökologische Mindeststandards der Waldbewirtschaftung muss die Bundesregierung endlich eine gute forstliche Praxis definieren und im Bundeswaldgesetz verbindlich verankern. Hierzu findet sich nichts im Entwurf.

Entscheidend für die Stärkung der Widerstands- und Anpassungsfähigkeit der Wälder gegen die Folgen der Klimakrise ist eine Waldwirtschaft, die die Wälder als naturnahes Ökosystem begreift. Dabei sind die Verbesserung des Wasserhaushaltes und der Schutz der Waldböden von besonderer Bedeutung. Dazu gehört ebenso der Schutz alter Wälder, die Erhöhung von Totholzanteilen und der Vorratsaufbau in den Wäldern sowie die erhebliche Erhöhung des Anteils von Naturwäldern. Der vorliegende Entwurf lässt eine solche Ausrichtung der Waldwirtschaft vermissen.

Es ist notwendig, die bisherigen Konzepte der Waldbewirtschaftung, die großteils auf der Annahme plan- und berechenbarer waldökosystemarer Prozesse beruhen, einer grundsätzlichen Neuorientierung zu unterziehen. Dabei müssen Aspekte der Unvorhersehbarkeit natürlicher Störungen und darauf aufbauende Heterogenität von Wäldern zukünftig stärker berücksichtigt und zugelassen werden. Hierzu fehlen im Entwurf entsprechende Ansätze.

Die Förderung ökologisch anspruchsvoller Zertifizierungssysteme ist ein weiterer wesentlicher Baustein zur Stärkung von Naturschutzaspekten und der Resilienz von Waldökosystemen. In Deutschland muss dem Forest Stewardship Council (FSC) aufgrund der anspruchsvolleren ökologischen Standards der Vorzug gegenüber dem Programme for the Endorsement of Forest Certification (PEFC) gegeben werden. Dies sollte in der Waldstrategie 2050 verdeutlicht werden.

Feuchtigkeit im Wald halten: keine Priorität im Entwurf. Ziel muss in Anbetracht von durch die Klimakrise bedingtem Trockenstress, Hitze und Stürmen sein, dass mehr Feuchtigkeit im Wald verbleibt, der Wald seine Wasserspeicherkapazität erhöhen und sich selbst stabilisieren kann: Konkret bedeutet dies weniger drastische Eingriffe bei Durchforstung und Holzernte, ein Stopp der Entwässerung von Wäldern und die Vermeidung der Verdichtung von Waldböden durch zu intensive Befahrung. So ist ausreichend starkes Totholz im Wald zu belassen, da dieses die Feuchtigkeit im Wald hält, um Wälder besser gegen Trockenstress und Brände zu wappnen. So gilt für die Holzernte und die Walderschließung: Dabei darf der Wald nicht so weit aufgelichtet werden, dass er durch Sonneneinstrahlung und Verdunstung austrocknet und die Bäume durch fehlende Nachbarn instabil werden. Die Gefahr von Waldbränden muss durch die Förderung von Laubwäldern mit ihrem feuchteren Waldinnenklima vermindert werden. Der Entwurf lässt zu diesem Thema eine klare Priorisierung vermissen.

Waldumbau vorantreiben: Fehlanzeige im Entwurf. Angesichts der Klimakrise ist ein zügiger, umfassender Umbau unserer Wälder weg von naturfernen Fichten- und Kiefernforsten, hin zu naturnahen Laubmischwäldern dringender denn je geboten. Wälder gelten als anfälliger für die

Auswirkungen des Klimawandels, je weniger naturnah sie sind. Bei diesem Umbau müssen einheimische Laubbäume und Naturverjüngung die zentrale Rolle spielen. Sie bieten ein breites Spektrum an Arten und genetischer Vielfalt, die besonders in Mischung mit den unterschiedlichsten Bedingungen zurechtkommen. Laubwälder bilden zudem mehr Grundwasser – und damit Trinkwasser – als Nadelforsten. In Wäldern mit hohem Nadelbaumanteil verdunstet unter anderem wegen ihren ganzjährig vorhandenen Nadeln mehr Wasser als in Laubwäldern. Das verstärkt den Stress durch Hitze und Trockenheit. Laubwälder sind zudem weniger anfällig für Waldbrände. Nadelhölzer wie Kiefer oder Fichte dürfen nicht mehr in Monokultur, sondern nur noch gruppenweise oder in geringer Beimischung angebaut werden. Der vorliegende Entwurf lässt eine klare Abkehr von der Nadelholzwirtschaft und ein deutliches Bekenntnis zum Waldumbau hingegen vermissen.

Verzicht auf Pestizide: *das Gegenteil im Entwurf.* Das Ausbringen von Pestiziden auf Nadelforste oder Eichenwälder per Hubschrauber gegen Massenvermehrungen von Nonnen-Schmetterlingen, Schwammspinnern oder anderen Insekten sind ausnahmslos zu unterlassen - nicht nur zum direkten Schutz der Menschen. Durch solche Einsätze werden gleichzeitig großflächig andere Insektenarten vergiftet, die essentielle Nahrungsgrundlage für Vögel und Fledermäuse sind. Im Zeitalter des massenhaften Artensterbens, insbesondere der Insekten, ist eine solche Vorgehensweise nicht mehr zeitgemäß. Der Entwurf hingegen fordert nicht nur den Einsatz von Pestiziden in eng begrenzten Ausnahmefällen, sondern sogar die Unterstützung der Bundesregierung für flächigen Einsatz von Pestiziden.

Verzicht auf exotische Baumarten: *das Gegenteil im Entwurf.* Auf das künstliche Einbringen nicht-standortheimischer Baumarten ist aus Naturschutzgründen zu verzichten. Baumarten aus anderen Kontinenten wie Douglasie, Küstentanne oder Roteiche bieten vielen heimischen Arten keinen Lebensraum. Leider wird im Entwurf auch auf außereuropäische Baumarten gesetzt, deren Einbringung ein erhebliches ökologisches Risiko darstellt.

Landschaftswasserhaushalt berücksichtigen: *unzureichend im Entwurf.* Besonders in Anbetracht der Klimakrise darf der Landschaftswasserhaushalt nicht gestört werden beziehungsweise muss naturraumtypisch wiederhergestellt werden, beispielsweise durch Sicherung bzw. Anhebung des Grundwasserspiegels, Erhöhung des Wasserrückhaltepotenzials der Waldböden und der Verminderung oder Verzögerung des Oberflächenabflusses. Entwässerungsgräben sind soweit wie möglich zurückzubauen, Waldmoore und Waldgewässer zu renaturieren. Die Walderschließung darf den Wasserabfluss nicht beschleunigen, Waldböden müssen als wichtiger Wasserspeicher bei der Holzernte entsprechend schonend behandelt werden. Eine große Bedeutung für den Wasserhaushalt haben die Laubwälder, da sie einen höheren Beitrag zur Grundwasserneubildung leisten. Sie müssen gefördert werden. Zum Funktion von Wäldern für den Wasserhaushalt besteht Nachbesserungsbedarf im Entwurf.

Naturwälder deutlich ausweiten: *Fehlangezeigte im Entwurf.* Für den Erhalt des Potentials der biologischen Vielfalt unserer Wälder ist es unabdingbar, dass sich bis 2030 mindestens zehn Prozent der Wälder dauerhaft als Naturwälder, frei von forstlichen Eingriffen entwickeln dürfen. Dabei sind Naturwälder als integraler Bestandteil einer multifunktionalen Forstwirtschaft zu begreifen. In Naturwäldern werden nicht nur seltene Tiere, Pflanzen und Pilze besonders geschützt, sondern auch der Ablauf natürlicher Prozesse, deren oft über viele, viele Jahrzehnte dauernde Entfaltung eine forstliche Nutzung ausschließt. Die Forschung kann hier wertvolle Erkenntnisse gewinnen, wie sich der Wald in der Klimakrise selbst helfen kann. Für die internationale Glaubwürdigkeit Deutschlands sind diese „Urwälder von morgen“ unabdingbar, zum Beispiel bei Forderungen nach dem großflächigen Schutz der letzten noch weitgehend intakten Regenwälder am Amazonas, im Kongobecken oder in Indonesien und Malaysia. Die Bundesregierung soll ein länderübergreifendes naturschutzfachliches Konzept zur Ausweisung und ein Programm zur Förderung der Sicherung von Naturwäldern auf den Weg bringen, in das Bund, Länder und Kommunen einzubeziehen sind und hierfür in der Waldstrategie 2050 den Grundstein legen.

Besonders der Anteil alter und forstlich unbewirtschafteter Buchenwälder in Deutschland muss aus Verantwortung für das Weltnaturerbe Buchenwälder deutlich erhöht werden. Sogar die UNESCO hat den außergewöhnlichen universellen Wert der europäischen Buchenwälder anerkannt. Als eine auf Europa beschränkte Baumart wäre die Rotbuche ohne Einfluss des Menschen in Mitteleuropa landschaftsprägend und würde rund zwei Drittel der Landfläche Deutschlands bedecken. Derzeit sind es lediglich 4,7 Prozent. Nur 0,07 Prozent (17.000 Hektar) der potenziellen Buchenwaldfläche hierzulande sind älter als 160 Jahre und ohne forstliche Nutzung. Dieser Anteil muss deutlich erhöht werden. Hierzu fehlt im Entwurf ein klares Bekenntnis, ebenso wie zu einer angemessenen Ausweitung der Naturwaldfläche in Deutschland.

Wildtiermanagement und Jagd waldfreundlich umgestalten: *noch unklar im Entwurf.* Der Wald braucht endlich einen Paradigmenwechsel beim Wildtiermanagement. Konzepte zum Wildtiermanagement sind so zu entwickeln und umzusetzen, dass sie den Waldumbau und die natürliche Wiederbewaldung durch Sukzession unterstützen. Die Jagd ist so zu gestalten, dass der Wildbestand natürliche Verjüngung und Wiederbewaldung von Laubbäumen und Tanne ohne Zaun oder andere Schutzmaßnahmen zulässt. Jahrelange Bemühungen von engagierten Förster*innen und Waldbesitzenden, junge Laubbäume in Nadelforsten hochzubringen, dürfen nicht immer wieder von Rehen und anderem Schalenwild vernichtet werden – aufgrund von Versäumnissen bei der Jagd. Ebenso dürfen Steuergelder nicht für teure Zäune verschwendet werden, weil die Jagdlobby eine waldfreundliche Gestaltung des Wildtiermanagements blockiert. Hier braucht es klare Vorgaben in der Waldstrategie, als Grundstein für ein neues Bundesjagdgesetz mit waldfreundlichen Regelungen zum Wildtiermanagement und zur Unterstützung der praktischen Umsetzung von bereits bestehenden Vorschriften für eine waldfreundliche Jagdpraxis in den Ländern und Kommunen.

Wälder in ihrer Fläche erhalten: *fehlt völlig im Entwurf.* In Zeiten der Klimakrise muss der Erhalt der Wälder in ihrer Fläche einen prioritären Stellenwert bekommen. Um die Wälder als solche zu erhalten, müssen sie nicht nur schonender behandelt werden, sie dürfen auch nicht weiter

zerschnitten werden. Nur dann können sie die in der Strategie beschriebenen Leistungen noch erbringen. Jede Rodung verkleinert die Waldfläche und reduziert die Kühlleistung des verbleibenden Waldes. Diese immens wichtige Querschnittsaufgabe mit anderen Ressorts (Flächenverbrauch) wird in der Strategie völlig ausgeblendet.

Zu den Kapiteln 3.1.4 Holzerzeugung und –verwendung und 3.2.4 Forschung, Entwicklung

Ressourcenschonende Nutzung von Holz: kein klares Bekenntnis im Entwurf. Bäume wachsen langsam, Holz wächst langsam. Die Gesellschaft - Forst- und Holzwirtschaft, Handel, Politik, Verbraucher*innen - muss sich nach dem richten, was unsere Wälder nachhaltig leisten können, nicht umgekehrt. Dies gilt sowohl qualitativ wie auch quantitativ. Bei der stofflichen und energetischen Nutzung von Holz muss konsequent auf Kaskadennutzung und möglichst langlebige Holzprodukte gesetzt werden, mit einem besonderen Fokus auf die Potenziale der stofflichen Laubholznutzung.

Die energetische Nutzung von Holz hat in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen. Rund die Hälfte des geernteten Holzes wird zur Strom- oder Wärmeerezeugung verbrannt. Diese zwar zur Folge, dass mehr Kohlenstoff unterirdisch in fossilen Lagerstätten verbleibt, gleichzeitig werden jedoch die Kohlenstoffvorräte in Biomasse und Böden des Waldes reduziert. Um die gleichen Mengen an Kohlenstoff erneut in den Wäldern zu binden, werden viele Jahrzehnte gebraucht. In Zeiten der Klimakrise ist es jedoch von zentraler Bedeutung, die noch bestehenden Wälder zu schützen und in Zeiten steigender Temperaturen möglichst lange als Wälder zu halten.

Wir können es uns schlichtweg nicht mehr leisten, Holz in großem Maßstab zu verbrennen oder in kurzlebigen Holzprodukten zu verwerten. Zwar ist Holz grundsätzlich ein nachwachsender Rohstoff, doch Bäume wachsen langsam und somit ist auch die Holzerzeugung langsam. Der wertvolle Rohstoff Holz wird bereits dringend für die stoffliche Nutzung gebraucht und sollte daher nur im Rahmen einer Kaskadennutzung energetisch genutzt werden, mit einer klaren Priorität auf der Verwendung für langlebige Holzprodukte. Die energetische Verwendung von Holz muss sich zukünftig auf Alt- und Industrieresthölzern sowie Landschaftspflegeholz beschränken. Auf die Entwicklung entsprechender staatlicher Steuerungsmechanismen ist hinzuwirken. Dem Entwurf fehlen klare Leitplanken zum ressourcenschonenden Umgang mit dem wertvollen, langsam nachwachsenden Rohstoff Holz.

Die für Deutschland typische biologische Vielfalt der Laubmischwälder, insbesondere die der Rotbuchenwälder, kann nur hier erhalten werden. Danach müssen sich die deutsche Forst- wie Holzwirtschaft richten und einstellen. Sie sollten ihre Kernkompetenz im Laubholz ausbauen und nutzen. Hier werden große Entwicklungspotenziale noch nicht ausreichend genutzt. Der anstehende großflächige Waldumbau hin zu mehr Laubholz stellt eine besondere Herausforderung für die holzverarbeitende Industrie dar. Daher müssen frühzeitig Investitionen in neue Sägewerkstechnik getätigt und die Erschließung weiterer stofflicher Verwendungsmöglichkeiten für Laubholz, beispielsweise durch innovative Verfahren oder Produkte, entwickelt werden. Die Forschung für die langlebige stoffliche Verwendung von Laubholz ist zu fördern. Auch an dieser Stelle sollte im Entwurf noch nachgebessert werden.

Zu Kapitel 3.2.2 Waldeigentum, neue Wertschöpfung

Honorierung von Ökosystemleistungen: sozial wie ökologisch unzureichend im Entwurf. Bei der finanziellen Inwertsetzung von Ökosystemleistungen fehlen im Entwurf ein wirksamer Fokus auf die Entwicklung naturnaher Wald-Ökosysteme und deren schonender Nutzung, ebenso wie die Festlegung einer guten fachlichen Praxis für die Waldbewirtschaftung als unabdingbare Voraussetzung eines Honorierungssystems.

Der BUND befürwortet grundsätzlich die finanzielle Unterstützung von privaten Waldbesitzenden, wenn sie ihre Wälder besonders ökologisch verträglich im Sinne des Gemeinwohls bewirtschaften. Dabei muss jedoch immer der Grundsatz gelten ‚Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen‘. Für eine sozial und gesamtgesellschaftlich gerechte Unterstützung von Waldbesitzenden durch die Gesellschaft ist es daher unabdingbar, zunächst ökologische Mindeststandards im Bundeswaldgesetz als Baseline zu verankern. Jene Waldbesitzende, die ihre Wälder deutlich nachhaltiger als diese Mindeststandards bewirtschaften, sollen Unterstützung aus Steuergeldern erhalten. Es wird Zeit, dass Waldbesitzende nicht nur mit dem Erlös von Holz, sondern auch mit der über die Sozialpflichtigkeit des Eigentums hinausgehenden Bereitstellung von Ökosystemleistungen wie dem Schutz von Biodiversität und Klima, der Produktion von Trinkwasser und der Erholungswirkung von ihren Wäldern Geld verdienen können. Daher müssen auch jene Waldbesitzenden, die ihre Wälder dauerhaft als Naturwälder (im Sinne der Kernbilanz der NWE5-Kulisse) ausweisen wollen, eine Honorierung in Form einer Einmalzahlung erhalten können. Dies fehlt im Entwurf ebenso wie die Notwendigkeit der Definition einer Baseline in Form von gesetzlichen, ökologischen Mindeststandards.

Die Standards eines staatlichen Honorierungssystems müssen von Agrar- und Umweltministerium gemeinsam erarbeitet werden. Eine finanzielle Förderung von Nadelforsten oder anderen naturfernen Beständen muss in der Waldstrategie 2050 durch entsprechende Leitplanken ausgeschlossen werden, ebenso wie eine Förderung des Anbaus außereuropäischer Baumarten. Eine pauschale Flächenförderung ist in der Strategie auszuschließen. Für Wirtschaftswälder fordert der BUND eine Honorierung in Form von jährlichen Zahlungen für ökologisch wertvolle Erhaltungszustände wie ein hoher Anteil alter Baumbestände, ein hoher Anteil naturnaher Bestände, ein hoher Anteil von Biotopbäumen und Totholz sowie ein hoher Holzvorrat. Durch die Honorierung von Erhaltungszuständen anstelle von Maßnahmen können auch jene Waldbesitzende profitieren, die ihre Wälder bereits seit Jahren schonend bewirtschaften oder diese hin zu naturnahen Laubwäldern entwickelt haben. Entsprechende Ansätze fehlen im Entwurf.

Kontakt:

Nicola Uhde

Waldpolitik und globale Biodiversitätspolitik

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

Friends of the Earth Germany

Kaiserin-Augusta-Allee 5, 10553 Berlin

E- Mail: Nicola.Uhde@bund.net

www.bund.net

www.facebook.com/BUND.Bundesverband

http://twitter.com/BUND_net